

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

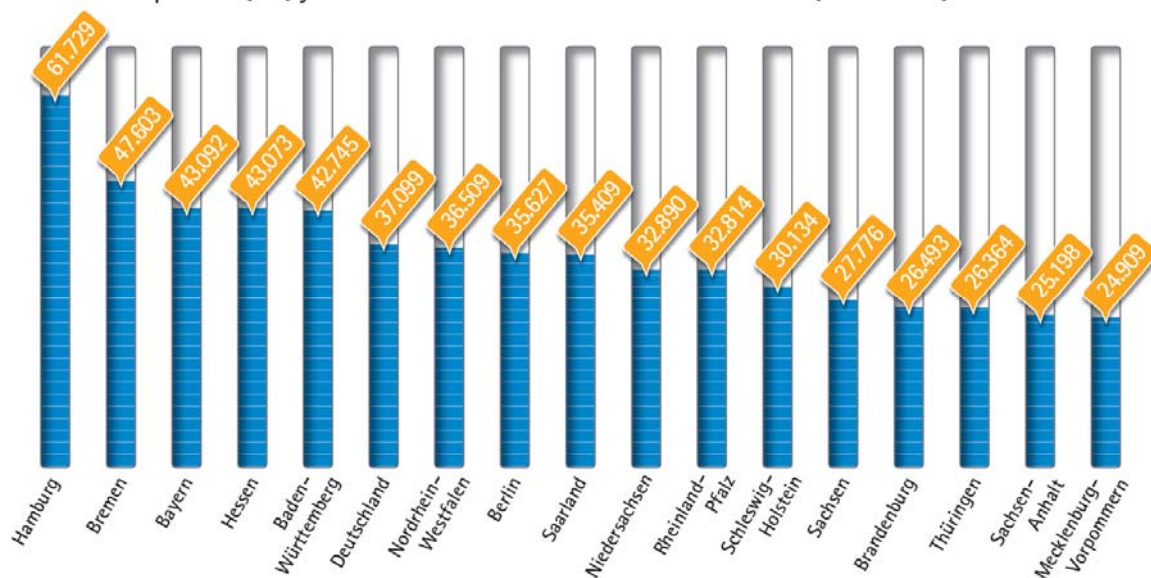
REGIONALE ENTWICKLUNG: Potenziale nutzen, Zukunft sichern

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Regionale Entwicklung: Potenziale nutzen, Zukunft sichern

Der zunehmende Fachkräftemangel senkt das regionale Innovationspotenzial. Dies macht es Unternehmen in einigen Regionen immer schwerer, selbsttragendes Wachstum zu erzeugen. Hier sollte die Regionalpolitik ansetzen: Gerade für Unternehmen in diesen Regionen gilt es, die Potenziale vor Ort zu mobilisieren, um auch dort Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2015 (in tsd. Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bei der Förderung auf Nachhaltigkeit setzen
- Kohäsionsziele an den demographischen und strukturellen Wandel anpassen
- Förderung konsequent weiter entbürokratisieren

Bei der Förderung auf Nachhaltigkeit setzen

Entwicklungspotenziale der Regionen werden nicht voll ausgeschöpft: Die Infrastruktur ist das Rückgrat jedes Wirtschaftsstandorts, sei es im Bereich des Verkehrs, des Breitbands oder der Bildung. Deswegen leidet unter den schwachen öffentlichen Investitionen in den Regionen mit der Qualität der Infrastruktur auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Darüber hinaus können Unternehmen Innovationspotenziale in den Regionen oft nicht vollständig nutzen, weil die Vernetzung mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht optimal koordiniert ist. Insgesamt nutzen Regionen so nicht ihr volles wirtschaftliches Potenzial, was auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum senkt.

Was zu tun ist: Zielgerichtete Förderprogramme sollten ein Instrument sein, das zu selbsttragendem Wachstum in den Regionen beiträgt. Eine dauerhafte Förderung von Aktivitäten sollte dabei ausgeschlossen sein. Ausgangspunkt von Förderaktivitäten sollten die Stärken der Wirtschaft einer Region sein. Dabei sollte sich Regionalpolitik eher an wirtschaftlich zusammenhängenden Räumen statt administrativ abgegrenzten Gebietskörperschaften orientieren. Die öffentliche Hand sollte in Bereiche investieren, die der gesamten Wirtschaft zu Gute kommen; von besonderer Bedeutung sind Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Breitband, Bildung und Forschung als Voraussetzungen unternehmerischen Handelns. Dafür sollten ausreichend Mittel auch aus nationalen Quellen und den EU-Strukturfonds zur Verfügung stehen. Zur Unterstützung von Innovationsprozessen in den Regionen sollten Förderprogramme gezielt auf innovative Unternehmen ausgerichtet sein. Der Aufbau und die Pflege von regionalen Netzwerken kann Innovationspotenziale heben. Kooperation der Unternehmen über Ländergrenzen hinweg sollte in Förderprogrammen stärker berücksichtigt werden.

Kohäsionsziele an den demographischen und strukturellen Wandel anpassen

Chancen der Unternehmen in den Regionen entwickeln sich weiter auseinander: In den kommenden Jahren ist ein Auseinanderdriften der Standortqualität für die Unternehmen in den Regionen zu erwarten. Strukturstarke Ballungsräume wachsen zumeist stärker, weil sie Standortvorteile für Unternehmen in innovativen, wissensintensiven Branchen aufweisen. Zudem bekommen Unternehmen die Wanderung von Fachkräften aus ländlichen in städtische Räume zu spüren. Die Standortsicherung wird bei stark rückläufiger Bevölkerung eine große Herausforderung. Der kommunale Handlungsspielraum wird bei schwieriger Haushaltsslage kleiner.

Was zu tun ist: Die Zielsetzung der Regionalpolitik sollte Entwicklungen des demografischen Wandels und Strukturwandels und deren Auswirkungen auf die Qualität des Wirtschaftsstandorts berücksichtigen. Um kommunale Finanzmittel bei rückläufiger Bevölkerung freizusetzen, sollten Kommunen stärker kooperieren. Sie sollten Synergien konsequent nutzen, damit mehr Mittel für die Erhöhung der Qualität des Wirtschaftsstandorts zur Verfügung stehen. Wirtschaftspolitik sollte von der Infrastruktur bis zur Bildung auf allen Ebenen auch die Herausforderungen solcher Regionen mitberücksichtigen.

Förderung konsequent weiter entbürokratisieren

Fördersysteme zu bürokratisch: Das dichte Regelwerk aus Beihilfenrecht, EU-Verordnungen, Förderrichtlinien, Dienstanweisungen, Erlassen sowie haushaltsrechtlichen Bestimmungen der beteiligten Ebenen erzeugt zu hohe Kosten und macht damit Fördermaßnahmen teilweise unattraktiv. Darunter leiden besonders kleine und mittlere Unternehmen. Zudem haben nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung oft nicht oberste Priorität. Stattdessen überlagern Querschnittsziele die spezifische Planung und Umsetzung besonders der EU-Förderprogramme.

Was zu tun ist: Die Politik sollte die Förderlandschaft übersichtlicher gestalten und bürokratische Hürden für geförderte Unternehmen abbauen. Insgesamt sollten die Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen weiterhin eng in die Entwicklung der regionalen Förderkonzepte einbezogen werden. Auch bei der Umsetzung der Programme sollte die Politik vorhandene Strukturen vor Ort nutzen. Zudem sollte die EU den europäischen Austausch zu besonders wirksamen Maßnahmen stärker unterstützen.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Mitwirkung an (integrierten) Handlungskonzepten für eine in sich schlüssige, strategische regionale Wirtschaftspolitik
- Teilnahme an regionalen Initiativkreisen (z. B. zur Fachkräftesicherung), Strukturfonds-Begleitgremien und regionalpolitischem Dialog in Brüssel